

mitte drin

Ausgabe 01 / 2021 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

DIE LINKE. und das Superwahljahr 2021

Anfang 2020 hat wohl niemand von uns damit gerechnet, was uns dieses Jahr alles abverlangt. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise werden uns noch lange beschäftigen. Deshalb fällt es im Augenblick schwer, sich vorzustellen, wie wir 2021 den Superwahlkampf bestreiten werden.

In den nächsten Monaten geht es auch erst mal darum, die soziale Lage in unserer Stadt zu stabilisieren und die Menschen zu unterstützen, die Hilfe brauchen.

Die letzten Monate haben uns allen gezeigt, worauf es wirklich ankommt: auf eine funktionierende öffentliche Infrastruktur, ein starkes öffentliches Gesundheitswesen, ein flexibles Bildungssystem, das auch in der Pandemie funktioniert, einen starken öffentlichen Nahverkehr, kurz, ein starkes Gemeinwesen.

Die Corona-Krise hat uns ein Möglichkeitsfenster für linke Politik eröffnet: Die Schuldenbremse ist ausgesetzt. Bund und Länder

mobilisieren Milliardensummen. Wir streiten dafür, die Investitionsoffensive in die Berliner Infrastruktur, in den Schulbau, in den Nahverkehr fortzusetzen, um die Stadt krisenfest und solidarisch aufzustellen. Wir arbeiten weiter dafür, dass alle Berlinerinnen und Berliner gleich welcher Herkunft gut wohnen können zu bezahlbaren Preisen. Dass sich alle hier wohlfühlen und sich als gleichberechtigte Mitglieder der Stadtgesellschaft betrachten können.

Wir haben in den letzten Jahren gezeigt, dass es einen Unterschied macht, ob die LINKE regiert. Sei es die Erhöhung des Landesmindestlohns, der Ausbau der Kältehilfe, die Stärkung der Kiezkultur oder der Mietendeckel. Politik kann die Lebensbedingungen der Menschen verändern. Wir haben viel bewegt, viele Prozesse angestoßen, aber wir sind noch lange nicht am Ziel und manches



Katina Schubert, Vorsitzende des Landesvorstandes

ist uns auch nicht gelungen. Die Widerstände aus den verschiedenen Kapitalfraktionen, aus der Opposition sind groß und auch in der Koalition mit SPD und Grünen müssen wir immer wieder für unsere Ideen einer sozial gerechten Stadtpolitik kämpfen.

Die Berlinerinnen und Berliner haben im nächsten Jahr gleich dreimal die Gelegenheit, für eine sozialere Politik abzustimmen: In den Bezirken, auf Landesebene und im Bund wird gewählt. Derzeit erarbeiten wir

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Bezahlbarer Wohnraum in der Wilhelmstraße gesichert

BVV-Arbeit lohnt sich. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Erhaltungssatzung in der Wilhelmstraße bestätigt. Damit wurden über 1000 bezahlbare Wohnungen in der Innenstadt auf Initiative der Linksfraktion gesichert. Die Spekulanten gehen leer aus.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Volksbegehren kurz vor Beginn der zweiten Stufe

Die zweite Phase der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ steht unmittelbar vor dem Beginn. Ab Ende Februar müssen 170.000 gültige Unterschriften in den darauffolgenden vier Monaten in Berlin gesammelt werden. Rainer Scholz berichtet darüber.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

Nächstenliebe durch den Humanistischen Verband

Dharma Bhusal ist Leiter des Interkulturellen Hospizdienstes „Dong Ban Ja“ des Humanistischen Verbandes Deutschlands / Berlin-Brandenburg. Von der Wallstraße aus organisiert er die Hilfe für schwerstkranke und sterbende Menschen mit Migrationshintergrund.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

Schreib Zukunft!

Liebe Genoss*innen und liebe Freund*innen,

wir, DIE LINKE. im Bezirk Mitte feilen, schon fleißig am **Bezirkswahlprogramm** für die kommende Superwahl im Herbst 2021. Wenn Ihr **Ideen** für einen solidarischen und für alle Menschen lebenswerten Bezirk habt, dann schreibt sie uns. Bis zum **28.02.2021** könnt Ihr Eure Vorschläge an

info@die-linke-berlin-mitte.de senden.

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr und Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt

Habersaathstraße: Eine Lösung für die Mieter*innen und die Stadt!

**Spekulativer Leerstand ist kein Kavali-
ersdelikt. Denn: Eigentum verpflichtet.
Meine Abteilung verfolgt Leerstand mit
dem Zweckfremdungsverbot-Gesetz
(ZwVbG) und hat viele hundert
leer stehende Wohnungen erfolgreich
Wohnzwecken zugeführt. Rot-Rot-Grün
hat das Gesetz im Jahr 2018 novelliert. Bei
Abriss muss Ersatzwohnraum zu derselben
Anzahl und der Mietobergrenze von 7,92€
pro Quadratmeter entstehen. Vor allem
wir LINKEN haben stark dafür gekämpft.
Es ist das Herzstück des Gesetzes und
dämmt fette Spekulationsgewinne.**

Der Leerstand in den Häusern Habersaathstraße 40A-48 beschäftigt nicht nur das Bezirksamt, sondern ist Gegenstand öffentlicher Diskussion. Schon Ende 2018 hat der Eigentümer Abrissanträge für die 105 Wohnungen gestellt, doch eine Mietobergrenze für Ersatzwohnraum abgelehnt. Bis

heute läuft ein Gerichtsverfahren zwischen Bezirk und Eigentümer. Nun liegt ein Vergleichsangebot vor – der Eigentümer akzeptiert die Regelungen des ZwVbG und will 105 Wohnungen zu je 7,92€ errichten, wenn der Bezirk eine Abrissgenehmigung erteilt. Außerdem ist der Eigentümer bereit, 60 Kältehilfepplätze zu schaffen. Das ist ein Erfolg des politischen Drucks von stadtpolitischer Bewegung und BVV und der Hartnäckigkeit meiner Abteilung.

Ich halte den Abriss von schützenswertem Wohnraum wie in der Habersaathstraße aus ökologischen und sozialen Gründen grundsätzlich für falsch. Ich würde mir wünschen, das ZwVbG würde den Abriss von Wohnungen bis auf wenige Einzelfälle gänzlich ausschließen. Solange das nicht geht, müssen andere Instrumente genutzt werden. Doch leider wurden weder die von der BVV beschlossene Beschlagnahme noch die

Rekommunalisierung der Wohnungen durch die zuständigen Bezirksstadträte von Dassel und Gothe ernsthaft geprüft.

Deshalb müssen wir nun mit dem Eigentümer Verhandlungen auf der Grundlage des Vergleichsangebots führen. Für die Mieter*innen, die ausziehen, braucht es großzügige Abfindungen, um den Stress der letzten Jahre zu kompensieren. Diejenigen, die wieder einziehen wollen, sollen höchstens 25 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben. In jedem Fall wird es für den Eigentümer teuer, sollte ein Abriss genehmigt werden. Für sein antisoziales Verhalten, dringend benötigten Wohnraum zurückzuhalten, wird er von uns nicht belohnt. Ich strebe eine Einigung an, die sowohl der Stadtgesellschaft als auch den Altmietler*innen Rechnung trägt.

Ramona Reiser
Stadträtin für Jugend,
Familie und Bürgerdienste

Aus der BVV

BVV tagt unter Pandemiebedingungen

Am 1. Dezember 2020 fand die letzte Bezirksverordnetenversammlung des Jahres 2020 statt. Aus Pandemieschutzgründen tagte sie wieder in der Aula der Max-Taut-Schule.

Um das Infektionsrisiko zu senken, wurde die BVV im sogenannten Pairing-Verfahren durchgeführt, das bedeutet, dass das Plenum proportional verkleinert wurde, so dass nicht alle Verordneten persönlich anwesend sein mussten. Insgesamt nahmen nur 30 statt der 55 Verordneten teil. Auch Gäste waren nicht zugelassen, um das Infektionsrisiko weiter zu minimieren. Desweiteren mussten die ganze Zeit Masken getragen werden und es gab drei 15-minütige Lüftungspausen. Auch zeitlich wurde die BVV begrenzt und endete um 21 Uhr.

Da keine Gäste zugelassen waren, wurden die Einwohneranfragen nur verlesen und werden vom Bezirksamt und den Fraktionen Schriftlich beantwortet.

Im Moment wird im Abgeordnetenhaus eine Änderung der Gesetze vorbereitet, damit die BVVen in Notlagen wie einer Pandemie

auch per Videokonferenz rechtssicher tagen können. Damit soll die vollständige Arbeitsfähigkeit der BVVen wieder hergestellt werden.

Die BVV stimmte für den Antrag der Linksfraktion Berlin-Mitte, die Friedensstatue am Unionplatz dauerhaft zu erhalten. Die historische Faktenlage ist hinsichtlich der systematischen sexuellen Ausbeutung von ostasiatischen Frauen durch das japanische Militär (sogenannte Trostfrauen) im Zweiten Weltkrieg eindeutig. Eine kritische künstlerische Auseinandersetzung mit diesem Teil der Geschichte Ostasiens muss gerade vor dem Hintergrund der Berliner Geschichte und dem darauf aufbauenden Selbstverständnis des Bezirks Mitte, des Landes Berlin sowie der hier ansässigen Zivilgesellschaft im öffentlichen Raum geführt werden können. Auch der japanische Staat hat im Jahr 1993 mit der sogenannten „Kono-Erklärung“, fußend auf einer eigens in Auftrag gegebenen historischen Studie, die Faktenlage und mithin die organisatorische wie moralische Verantwortung eingestanden.



Die Friedensstatue auf dem Unionsplatz Foto: Koreaverband.de

Die Friedensstatue sehen wir als Anstoß zur Diskussion über sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten wie auch in Friedenszeiten.

Andreas Böttger
Geschäftsführer der Linksfraktion
in der BVV von Berlin-Mitte

Wohnen in der Wilhelmstraße gesichert

Bundesverwaltungsgericht bestätigt Erhaltungsverordnung

Mitunter werden die Möglichkeiten der Berliner Kommunalpolitik kleingeredet. Zu meinem Unverständnis auch von den Kommunalpolitiker:innen selbst. Dass die Berliner Kommunalpolitik nicht unterschätzt werden sollte, zeigt nun ein aktuelles Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Bis dorthin hatten sich drei Eigentümer größerer Wohnanlagen im Ostberliner Plattenbaustil (WBS 70) in der Wilhelmstraße geklagt, weil sie nicht akzeptieren wollten, dass ihnen von Kommunalpolitiker:innen das in diesem System an sich selbstverständliche Streben nach maximalem Profit verleidet werden sollte.

Hier zu wohnen ist attraktiv. Bundesminister:innen und Bundestagsabgeordnete, die hier wohnten und wohnen, werden dies ebenso bestätigen wie die vielen Mieter:innen, die in den achtziger Jahren hier einzogen. Die Mieten sind günstig. Noch. Kapitalgetriebene Verwertungsstrategien verfolgen jedoch ganz andere Ziele: Abriss und Neubau in der Luxusvariante. An diesem Ort, unweit vom Brandenburger Tor und dem Hotel Adlon, sollten sich Berliner Rekordmieten und -preise realisieren lassen. Ein Wohngebiet mit 1072 Wohnungen war in Gefahr. Alarmiert durch den Abriss des Wohnhauses Wilhelmstraße 56-59 reagierten die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und das Bezirksamt des Bezirkes Mitte schnell und im seltenen Einvernehmen. Die BVV folgte einem Antrag der Linken und beschloss für ein weiträumiges Gebiet rund um die Wilhelmstraße eine Städtebauliche Erhaltungssatzung. Diese Satzung bestätigt dem Wohngebiet einen städtebaulich besonderen Wert, der fortan schützenswert ist.



Sie bleiben stehen: bezahlbare Wohnungen in der Wilhelmstraße

Der Geltungsbereich der Erhaltungsverordnung mit insgesamt 7,25 ha begründet sich aus dem Zusammenhang der städtebaulich bedeutenden und ortsbildprägenden Bebauung und umfasst folgende Grenzen:

- Behrenstraße 1B und 1C,
- Cora-Berliner-Straße 2,
- Wilhelmstraße 75-78, 84-94, 51-52, 45-47,
- Mohrenstraße 67-69
- Voßstraße 1, 10-12
- An der Kolonnade 1-7, 9, 11

- Gertrud-Kolmar-Straße 1-5, 7, 14
- In den Ministergärten 1
- Hannah-Arendt-Straße 1-4, 6.

Das Wohngebiet erhält mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes eine späte höchstrichterliche Würdigung und mit ihr auf indirektem Wege auch das Wohnungsbauprogramm der DDR - weil Kommunalpolitik es kann.

Sven Diedrich
(Mitglied der BVV Mitte seit 1995)

Fortsetzung von Seite 1: DIE LINKE. und das Superwahljahr 2021

mit den Landesarbeitsgemeinschaften und vielen interessierten Genossinnen und Genossen unser Landes-Wahlprogramm. Dafür haben wir viele Gespräche mit Initiativen, Gewerkschaften und Verbänden geführt. Wir werden mit einem guten Wahlprogramm viele Menschen von unseren Ideen für diese Stadt überzeugen können. Und natürlich mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten, die in den Kiezen für linke Politik trommeln. Noch

weiß niemand, unter welchen konkreten Bedingungen der Wahlkampf stattfinden wird. Aber feststeht: Wir werden alle gemeinsam für eine starke LINKE kämpfen. Zusammen mit unserem designierten Spitzenkandidaten Klaus Lederer. Lasst uns selbstbewusst in das neue Jahr gehen; arbeiten wir gemeinsam mit den vielen engagierten Genossinnen und Genossen für eine starke LINKE: im Bund, in den BVVen, und natürlich auf Landesebene.

Lasst das Rote Rathaus 2021 richtig rot werden. Sorgen wir dafür, dass die AfD im Bund und im Land keinen Stich bekommt und dass wir die Kräfteverhältnisse nach links verschieben. Und lasst uns gemeinsam mit der Unterschriftensammlung für die zweite Stufe des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen & Co“ beginnen.

Katina Schubert,
Vorsitzende des Landesvorstandes

Menschen in Mitte

Dr. Dharma Bhusal: Engagement mit Herz für Schwerstkranke

Dr. Dharma Bhusal kümmert sich mit viel Zeit und Herz um das Schicksal schwerstkranker und sterbender Menschen und deren Angehörige. Der 55-jährige gebürtige Nepalese ist Leiter des Interkulturellen Hospizdienstes „Dong Ban Ja“ (aus dem Koreanischen: Menschen begleiten) des Humanistischen Verbandes Deutschlands /Berlin-Brandenburg (HVD).

Von seinem Büro in der vierten Etage des Hauses in der Wallstraße 61-65 aus koordiniert und lenkt er die Unterstützung



Dr. Dharma Bhusal

für derzeit über 150 Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren mit Migrationshintergrund. Und ist für sie ständig unterwegs. „Wir begleiten Betroffene in ihrer häuslichen Umgebung, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen in ihrer jeweiligen Herkunftssprache“, nennt der promovierte Jurist, Soziologe und Wirtschaftsingenieur den Auftrag seiner fünf Mitarbeiter und der 124 Ehrenamtlichen mit muslimischem, buddhistischem, hinduistischem oder christlichem Credo. „Unser Team berät zur Krankheitsverarbeitung sowie zur sozialen und pflegerischen Versorgung zusammen mit Pflegediensten, Ärztinnen und Ärzten und den Familien. Wir helfen bei der Erstellung von Patientenverfügungen, bei der Suche nach einem Hospizplatz, bieten Trauergespräche und -begleitung an, unterstützen Trauerfeiern“. Fremde Gewohnheiten, unterschiedliche Religionen

und Lebensauffassungen sowie verschiedene Krankheitsempfindungen könnten insbesondere am Lebensende zu Missverständnissen führen. „Das erfordert von uns viel Einfühlungsvermögen, große menschliche Zuwendung und Stärke, um den hoffnungslos Erkrankten mit würdiger, kultursensibler Begleitung nicht nur Nähe, sondern auch ein Stück Heimat zu geben“.

Voller Rührung denkt Dr. Bhusal noch an einen seiner jüngsten Pfleglinge: „In der Kinderabteilung der Charité lag der achtjährige Nelu im letzten Stadium der Leukämie. Dass ich als älterer, lebenserfahrender Mensch ihm und seinen Eltern Ratschläge geben und Trost zusprechen durfte, entspricht der nepalesischen Lebensart. Den Wunsch des Jungen, noch einmal seinen Opa in Nepal sehen zu dürfen, wollte ich unbedingt realisieren, besorgte Flugtickets. Doch unerwartet schnell starb er. Ich regelte alles mit der nepalesischen Botschaft und schickte die Eltern nach Kathmandu, eine Woche später gefolgt vom Sarg mit Nelu“.

1965 auf einem Bauernhof im Westen Nepals geboren, erlebte Dharma als Jüngster von sechs Geschwistern die großzügige Hilfe seiner Eltern für Hungernde, Kranke und Durchreisende. „Die Angehörigen der verschiedensten Religionen lebten friedlich miteinander“, erinnert er sich gern. An den Universitäten von Pokhara und Kathmandu studierte er Jura und Soziologie, an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Karlshorst machte er den Master als Wirtschaftsingenieur. An der TU Chemnitz verteidigte er seine Doktorarbeit zur Wirtschaftskriminalität. „Beim Humanistischen Verband habe ich meine ideale Berufung gefunden“, betont er. „Diese tägliche humanitäre Arbeit ist für mich höchste Lebenserfüllung“.

Matthias Herold

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden

an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Kurznachrichten

► Solarenergie für Berlin

Auf 25 Prozent des Berliner Strombedarfs soll bis 2050 laut neuem Solargesetz der Stadt der Ausbau der Solarenergie vorangebracht werden. Innerhalb von fünf Jahren sollen rund 37000 Tonnen CO2 eingespart und darüber hinaus die regionale Wertschöpfung angekurbelt werden. Der Senat wird in den kommenden Wochen über die Einführung einer Solarpflicht für Immobilieneigentümer auf den Dächern ihrer Wohn- und Gewerbegebäude entscheiden. Die Pflicht soll für Neubauten sowie für Bestandsgebäude bei einer grundlegenden Dachsanierung ab 1. Januar 2023 gelten.

► Förderpreis für Moabiter Musiktheaterprojekt

Den Förderpreis 2020 „Verein(t) für gute Kita und Schule“ - einen von insgesamt drei bundesweit - hat das Projekt „Klima machen wir alle - ein Musiktheaterprojekt in Moabit“ erhalten. Das Projekt ist ein Gemeinschaftswerk des Fördervereins Feuerbohne e.V. der Miriam-Makeba-Grundschule, des vom Bezirksamt Mitte geförderten Naturwissenschaftlichen und Kulturellen Bildungsverbundes Moabit und weiterer Kooperationspartner. Die Mitwirkenden waren zwischen 6 und 11 Jahren und stammen aus vielfältigen sozialen Lebenswelten. Mittels Musik, Improtheater, Zirkus, Schattentheater und Performances behandelten die Kinder konkrete Zukunftsthemen wie Klimawandel und Umweltschutz und konnten ihre Fähigkeiten und Kreativität in den künstlerischen Prozess einbringen.

► Weihnachtsstreik bei Amazon

Die Beschäftigten des Versandkonzerns in Deutschland fordern: Wir wollen endlich einen verbindlichen Handels-Tarifvertrag!

„Rekordgewinne für Amazon. Nur Krümel für die Arbeiter?!“ Laut Gewerkschaft Verdi beteiligten sich rund 450 Mitarbeiter in Leipzig und anderen Städten bis Weihnachten am Ausstand. Insgesamt kündigten rund 1700 Beschäftigte an sechs Standorten Arbeitsniederlegungen an.

Das Ziel heißt seit 2013: Anerkennung der Flächentarifverträge des Einzel- und Versandhandels sowie Abschluss eines Tarifvertrages für gute und gesunde Arbeit. „Die Beschäftigten sind an der Grenze ihrer Belastbarkeit!“ erklärte Verdi.

Bei anderen gelesen

► Corona-Krisenpolitik

Zehn Monate nach Ausbruch der Corona-Pandemie fehlt diesem Land eine klare Linie in der Krisenpolitik. Die Regierung hat es im Sommer versäumt, mit den Ländern und Parlamenten eine klare Strategie zu entwickeln, Maßnahmen zu evaluieren und Prioritäten für das gesellschaftliche Leben in der Pandemie festzulegen. Entschlossenes Handeln hätte anders ausgesehen. Es muss das Versprechen geben, dass sich die Politik zukünftig an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichtet statt am Profitinteresse des Marktes. Die Perspektive auf einen starken Sozialstaat nach dem Ende der Krise würde der verunsicherten Gesellschaft den Mut machen, den sie braucht, um gemeinsam und solidarisch die Pandemie zu besiegen. – Jan Korte in

„Clara“ Nr. 50-2020 – Magazin der Fraktion
DIE LINKE im Bundestag

► Vorsprung verspielt

Die Bundesregierung hat die Einführung des Corona-Impfstoffs nicht energisch genug vorbereitet. Jeder Tag, den die Bürger nun warten müssen, kostet Menschenleben. Schon die Viruseindämmung wurde verstoßert. Wenn die Bundesregierung ihre Kleinmütigkeit nicht endlich ablegt, wird uns das Gleiche bei der Impfung noch einmal passieren. – Thomas Schulz in

„Der Spiegel“ Nr. 51 vom 12.12.2020

► Beziehungen zwischen Russland und EU

Mit den Beziehungen zwischen Russland und der EU geht es rapide bergab. Wir erleben, wie neben der schon längst bekannten, durchaus aggressiven russophoben Minderheit auch seriöse alteuropäische Länder versuchen, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen, Deutschland nicht ausgenommen. Es wurde von uns ein Kooperationsangebot unterbreitet, was jedoch arrogant ignoriert wurde. Wir machen uns große Sorgen wegen der wieder-auflebenden Arroganz in Deutschland. Denn es ist ein regelrechter Größenwahn und komplett fehlender Respekt gegenüber seinen Partnern. Das ist eine schlechte Entwicklung. Wir hoffen, dass die Stimmen der Vernunft, die in der Bundesrepublik erschallen, sich jedoch durchsetzen und Deutschland sich verantwortlich verhalten wird. –

Sergej Lawrow, Russischer Außenminister in
„RotFuchs“ Nr. 274 November 2020

Volksbegehren schon in den Startlöchern

Initiative beginnt im Februar mit der Unterschriftensammlung

Die zweite Phase der Initiative **„Deutsche Wohnen & Co enteignen“** wird am **25. Februar beginnen**, erklärte **Rouzbeh Taheri, der Sprecher der Initiative**. **Er ist zuversichtlich, dass die Vorbereitungen trotz Corona und der dadurch schwierigen**

Berlin maximal acht Milliarden Euro kosten, so die Organisatoren.

Hintergrund ist die sich ständig steigende Wohnungsnot sowie die Gentrifizierung ganzer Stadtteile. Gerade die großen Immobilienkonzerne sind offensichtlich nicht gewillt,



Für das Recht auf ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum in innerstädtischen Bezirken Foto: Gunnar Klack

geren Bedingungen auf gutem Wege sind. In der ersten Phase des Volksbegehrens hatten bereits 77.000 Berlinerinnen und Berliner mit ihrer Unterschrift gefordert, Immobilienkonzerne mit mehr als 3000 Wohnungen in Berlin zu enteignen. Das waren fast vier Mal so viel wie nötig.

Wie viele Unterschriften in der zweiten Phase nötig sind, steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht exakt fest. Es dürften aber rund 170.000 nötig sein. „Wir wollen am Ende 20 Prozent über der Mindestanzahl liegen und werden diesen Wert erreichen“, sagte Taheri. Der jetzt anstehende zweite Abschnitt ist die eigentliche Stufe des Volksbegehrens. Erfolgreich ist das Volksbegehren, wenn mindestens sieben Prozent der Wahlberechtigten zustimmen. Erst dann müsste in einer nächsten Stufe innerhalb von vier Monaten ein Volksentscheid herbeigeführt werden.

Schon im November letzten Jahres hatten die Fraktionsspitzen von Linken, Grünen und SPD im Beisein von Taheri das weitere Vorgehen beraten. Ebenfalls im November präsentierte die Initiative verschiedene Rechenmodelle zur Höhe der Entschädigungskosten. Je nachdem, welcher Mietpreis je Quadratmeter in den dann landeseigenen Wohnungen angelegt werde, könne die Enteignung das Land

das Recht auf Wohnraum und die sozialen Erhaltungsziele gewachsener Wohnkiese ausreichend zu berücksichtigen.

Der Senat legte in seinem Standpunkt dar, grundsätzlich werde das Ziel der Initiatoren, den gemeinwirtschaftlichen Anteil am Wohnraumangebot zu erhöhen, vom Senat unterstützt und vom Land Berlin schon jetzt durch Ankäufe, Neubau, Bindungen aus Förderungen und Vorgaben wie dem Berliner Modell der Baulandentwicklung verfolgt.

Parallel zur Bundestagswahl werden die Berlinerinnen und Berliner im September 2021 über die landesweite Sozialisierung von Immobilienfirmen abstimmen. Dieser Volksentscheid in Berlin könnte 2021 Geschichte schreiben – und den Mietmarkt weit über die Stadt hinaus neu ordnen.

Der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ gelang es, eine in den vergangenen Jahrzehnten wenig beachtete Norm des Grundgesetzes weit oben auf die politische Agenda Berlins zu setzen: die Sozialisierung nach Artikel 15 GG, wonach „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel ... zum Zwecke der Vergesellschaftung ... in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden (können).“

Rainer Scholz

Gestern. Heute. Morgen.

Manche Geschäfte geben auf, andere eröffnen: Der Hundebedarf Ackerstraße, und bei „Barcomi's“ wird Brot gebacken. Die neue Zeit bringt mich mitten in Mitte ans Berliner Schloss. Manche denken, nur die öde Ostseite heiße Humboldt Forum. Die U5 wird hier halten, sie unterquert auch die wuchtige Karl-Marx-Allee, immer schon fehlt mir über den U-Bahn-Stationen ein Linienbus. Die alte Stalinallee bot Wohnkomfort, kaum mehr denkbar die beliebten Läden im Erdgeschoß und das schlendernde Volk.

Jetzt wird die Stadt nördlich vom Hauptbahnhof weitergebaut, in vier Jahren hat die Heidestraße auch einen breiten Grünbereich. Ich hoffte auf den urbanen Erlebnis- und Kulturort, die zukunftsfähige städtische Umwelt, stattdessen wird die Europacity ökologisch korrekt zur überdimensionierten Vorstadt-Wohnsiedlung. Privat, gemeinschaftlich, öffentlich, viel Grün, mir zu beliebig, zu windig, zu ungemütlich, zu niedrige Wohn-Kästen, keine stolzen Wahrzeichen, Fassaden enttäuschen, mein Blick rutscht ab. Hier gibts Tiefgaragen, rollt der Autoverkehr, mehr ÖPNV wäre nötig, aber die mögliche S-Bahn-Station wurde wegrationalisiert. Ebenerdig, parallel zur breiten Durchfahrtstraße, große Fenster für künftige Geschäfte. Gibts Vorfreude? Die Tankstelle war schon früher da.

Ortsgebundene städtische Identität mag der historische Berlin-Spandauer-

Schiffahrts-Kanal schaffen, jetzt beidseitig durch ordentliche Uferwege gesäumt. Rekonstruiert wird das Speicherhaus, auf Stufen, Bänken, Treppen lässt sich sitzen, wie werden Fahrräder, Fußgänger, Kinderwagen, Rollatoren sich beim Queren des Wassers auf den zwei neuen Stegen arrangieren? Welchen Umgang sollten Neugierige, Flanierende, Eilige, Schlachtenbummler und die Neueinwohner pflegen?

Dass Politiker, Architekten, Stadt- und Landschaftsplaner das Terrain ohne ungewöhnliche Ideen, ungewohnte Materialien und Formen entwickelt haben, das ist bedauerlich. Experimentiert wird in ferneren Städten, da verblüffen gemeinschaftliche Gemüse- und Freizeiteinrichtungen, riesige Indoor-Aquarien, grüne Dächer und Keller, nach Menschenmaß gestaltete Parks und Plätze vor, neben, hinter, über, unter, auch zwischen bunten Wänden, Zäunen und Toren.

Berlin verkennt Zeichen der Zeit. 2030 werden hier über 844 000 Menschen



Sogar Litfaßsäulen im Corona-Krisenstatus

leben, älter als 65, 263 000 älter als 80. Urbane Nöte? Neue Herausforderungen? Umbrechender Alltag? Auf Berlins ideologischem Kampffeld ist das verstellt.

Irene Runge

Gastronomie und Corona

Der harte Lockdown geht weiter: Auch im Januar sollen Bars, Restaurants sowie Kultur- und andere Freizeiteinrichtungen geschlossen bleiben. Für viele Beschäftigte in der Gastronomie ist die Existenz bedroht.

Schon vor der Corona-Pandemie zeichnete sich die Branche durch sehr schlechte Arbeitsbedingungen in Form von befristeten Arbeitsverträgen, Saisonarbeit, Minijob-Arbeitsverhältnissen ohne Sozialversicherung, ein niedriges Lohnniveau und unregelmäßige Arbeitszeiten aus. Entsprechend hart trifft es viele Beschäftigte, die in der Knochenmühle aus schlechtem Lohn und geringer Arbeitsplatzsicherheit geschröpft wurden und nun kaum Möglichkeiten haben, ihre

Einkommensausfälle zu kompensieren.

Die Gewerkschaft NGG (Nahrung-Genuss-Gaststätten) fordert daher eine Corona-Sofort-Nothilfe von 1.000 Euro für die Beschäftigten – denn was für Unternehmen problemlos bereitgestellt wird, sollte auch für die Arbeitnehmer*innen gelten. Der NGG-Vorsitzende Guido Zeitler erklärte hierzu: „Wegen ihrer häufig viel zu niedrigen Löhne ist für die Beschäftigten im Gastgewerbe das Kurzarbeitergeld bei einem monatelangen Lockdown keine ausreichende Lösung“. Auch das Trinkgeld fällt weg. So erhält eine durchschnittliche Servicekraft in Berlin im Moment lediglich etwa 980 Euro. Noch härter trifft es Minijobber*innen: Sie haben gar nicht erst Anspruch auf Kurzarbeitergeld.

Für eine Branche wie das Gastgewerbe, in der mehr als 50 Prozent der Arbeiter*innen, einem Minijob nachgehen, ist das fatal. Sie landen direkt im System Hartz IV, das Armut vorprogrammiert.

Die Corona-Krise legt das Scheitern der neoliberalen Agenda-Politik noch nachdrücklicher offen als zuvor: die Schaffung des größten europäischen Niedriglohnssektors bedeutet unter „guten“ Bedingungen für die Arbeiter*innen überleben zu können. Kommt es zu Krisen, seien sie persönlich oder wie die Pandemie gesamtgesellschaftlich, droht in einem der reichsten Länder der Welt brutale Existenznot.

**Martha Kleedörfer und
Falk Höpfner**

Aus dem Abgeordnetenhaus

Beitragsfinanzierte Errungenschaft

Zum Ende des Jahres 2020 – überlagert und überschattet durch steigende Infektionszahlen und einen erneuten harten Lockdown – gab es eine Debatte über die geplante Anhebung des Rundfunkbeitrages um monatlich 86 Cent.

Landesregierung Sachsen-Anhalt, namentlich die CDU, hat verhindert, dass diese notwendige Anhebung beschlossen wird, denn die kann nur in Kraft treten, wenn alle Bundesländer zustimmen.

Die CDU Sachsen-Anhalts hat somit der AfD einen großen Sieg beschert. Das ist die eine Seite und bevor man sich kritisch mit dem Zustand der öffentlich-rechtlichen Sender befasst, gilt es, das als Tabubruch festzuhalten und abzuweisen. Rechte, Nationalisten, Faschisten haben eine lange, dunkle Tradition, unabhängige Medien zu zerstören. Da ist die AfD keine Ausnahme und wer sich auf deren Parkett begibt, trifft damit eine politische Entscheidung von großer Tragweite und macht sich zum Steigbügelhalter einer Politik, die antidemokratisch und gefährlich ist. Die notwendige Anhebung der Rundfunkbeiträge entlässt uns jedoch nicht aus der ebenfalls notwendigen Reformdebatte, denn dieses kostbare Gut öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten bedarf

einer Reform, um dem demokratischen Auftrag auch künftig gerecht werden zu können. Als in der Schweiz per Referendum die Abschaffung des dortigen öffentlich-rechtlichen Mediensektors drohte, fand diese inhaltliche Debatte statt und eine Mehrheit konnte davon überzeugt werden, dass trotz Mängel und Fehlstellen Abschaffen die falsche Lösung wäre.

Acht Milliarden Euro kostet das Rundfunksystem hierzulande jährlich. Die sind vorgesehen, einen Demokratie- und Bildungsauftrag zu erfüllen, Debatten zu führen, Aufklärung zu leisten, Informationen aufzubereiten, Unterhaltung zu bieten (auch das). Ein gebührenfinanzierter Rundfunk hat seine Reformfähigkeit unter Beweis zu stellen. Stetig. In seinen Programmen, in seinen Strukturen, in seiner Ausgabenpolitik und bei der Frage, wie mutig und streitbar Sendeformate, Projekte, inhaltliche Ziele sind. Es gibt ausreichend Kritikpunkte. Aber nichts davon reicht aus, einen Wechsel nach Rechtsaußen zu begründen und dem demokratischen Rundfunk damit den Boden unter den Füßen zu rauben.



Abgeordnete Carola Bluhm

Foto: Rico Prauss

Eine Kommission hatte lange geprüft und gerechnet und abgewogen, die 86 Cent sind nicht aus der Luft gegriffen. Die

Carola Bluhm

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße

Während der Öffnungszeiten telefonisch erreichbar.

Öffnungszeiten:

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
10 – 16 Uhr
Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.
buero.schulze@linksfraktion.berlin
www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE
www.tobiassschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener** an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

An jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwälte Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)
LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751



BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77
kontakt@carola-bluhm.de / www.carola-bluhm.de
Sozial- und Mieterberatung
Do 16.30-18 Uhr: 14.1., 28.1., 11.2., 25.2.2021

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Das ist das Letzte

Der Sturm auf das Parlament in Washington ist weit. Der Sturm auf die Querelen mit den neuen Covid-Viren ist näher.

Doch der Protest der Demokraten in aller Welt gegen Trump klingt ernster: „Terroristischer Staatsstreich von einigen hundert, z.T. bewaffneten Anhängern des abgewählten US-Präsidenten, sprengte die Parlamentsarbeit seines Nachfolgers!“

Wir kennen solche Bilder. Wenige Wochen davor stürmten am Rande einer Protestkundgebung vor dem Reichstagsgebäude AfD-Aktivist*innen, eingeschleust von deren Mandatsträgern die Arbeit des Bundestages. Die Hauswache wurde überrumpelt.

Inzwischen rufen unsere Corona-Jäger erlöst: „Licht am Ende des Tunnels!“ Die Virologen warnen: „Erst 70 % Impfung bringt Herden-Immunität!“ Die Minister sagen: „Sicherheit geht vor Freiheit!“ Doch die „Süddeutsche“ und die „Frankfurter Allgemeine“ warnen: „Unsere Freiheit ist ausgezehrt! Noch ist die Stabilität des Systems nicht gefährdet. Aber wie viel Freiheit können wir noch opfern für mehr Sicherheit?“ Die FAZ meinte: „Es muss festgestellt werden, dass die freiheitliche Gesellschaft europäischer Art dem Virus Covid-19 nicht gewachsen ist.“

Warum stellt die FAZ als Organ der Bankiers die Systemfrage? Etwa mit Blick auf die zentralistische Staatsmacht in Peking oder Moskau, wo die Hauptquellen der Corona-Viren zügig versiegelt werden? Das bringt Beifall bei der AfD, auch von den Unternehmerverbänden und anderen Parteien. Auch aus Wien, Rom, Warschau, Budapest, Washington usw. Es wächst die dumpfe Sehnsucht nach starker Führung! Das ist der uralte Traum des Großkapitals: Die ökonomische Basis strebt mit ihren „Elefantenhochzeiten“ nach drei-vier Marktführern je Industriezweig. Aber effektiv wird der Laden erst, wenn ein zuverlässiges politisches Monopol für ausreichend Subventionen, Senkung und Maximalprofit sorgt. Also Typen, die die Reichen reicher machen, auch wenn sie über Leichen gehen. Ist das Typ Merz oder Merkel? Die Pfarrerstochter ist zu weich für das Geschäft! Sie hat sich von Trump Ohrfeigen geholt. Nun hat Trump die Schlacht ums Capitol verloren, aber die Diktatur des Kapitals geht weiter.

Artur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204
E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Redaktionsschluss:**
30.12.2020
Ausgabetag für Nr. 02/2021: 04.02.2021



Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas im Schnee (Im Hintergrund – die vor dem Abriss geretteten Häuser in der Wilhelmstraße)
Foto: Orlando el Mondry

Verlängerung der U-Bahn-Linie 5 zum Hauptbahnhof in Betrieb

Nach fast 10 Jahren Bauarbeit ist das Teilstück der U5 zwischen Alexanderplatz und Brandenburger Tor fertiggestellt worden und am 4. Dezember in Betrieb gegangen. Jetzt kann man von Hönow zum Hauptbahnhof durchfahren. Der Bau erfolgte weitestgehend unterirdisch und wurde durch die Ausgrabungen am alten Berlin Rathaus – dem heutigen Roten Rathaus – und durch große Felsbrocken (Findlinge) im Boden behindert.

Mit der Fertigstellung wird eine vor 25 Jahren getroffene Entscheidung zur Verlängerung der U5 umgesetzt. Damit findet das größte Berliner ÖPNV-Projekt im Bezirk Mitte vorerst seinen Abschluss. Ein möglicher Weiterbau vom Hauptbahnhof über den U-Bhf. Turmstraße zum S-Bhf. Jungfernheide ist angedacht. Das endgültige westliche Ziel der U5 sollte der Flughafen Tegel sein. Dieser ist aber inzwischen geschlossen worden und es ist mehr als fraglich, ob die Nachnutzung des Flughafens einen Weiterbau der U-Bahnlinie bis dahin rechtfertigt.

Der erfolgte Ausbau der U5 verläuft zwischen Alexanderplatz und Hauptbahnhof parallel zur S-Bahn und erschließt nur wenige neue Arbeits- bzw. Wohngebiete. Der Bau der neuen U-Bahn in der Innenstadt war ausgesprochen teuer und hatte den größten Teil der finanziellen Mittel für Nahverkehr verbraucht. Berlin sollte in Zukunft keine weiteren Doppelstrukturen mehr bauen und die knappen Mittel für den Ausbau des ÖPNV möglichst sinnvoll einsetzen. Um die von der derzeitigen Regierungskoalition aus SPD, LINKEN und Grünen geplante Verkehrswende zu schaffen, braucht Berlin einen massiven Ausbau des ÖPNV. Das beinhaltet sicher neben zusätzlichen Straßenbahn- und Buslinien auch

neue Strecken für S- und U-Bahn. Damit das Auto am Stadtrand stehen gelassen wird, sind attraktive Verbindungen vom Umland in die Innenstadt nötig. Dafür sollten neue S-Bahn-Strecken zum Beispiel von Spandau nach Falkensee entstehen und der weitere Ausbau vorhandener Strecken zur Taktverbesserung nach Bernau und Strausberg ist notwendig. Eine mögliche Verlängerung der U-Bahn-Linie 7 von Rudow zum neuen Flughafen BER in Schönefeld könnte preiswert in überwiegend offener Bauweise errichtet werden. Die Menschen in Bezirk Mitte brauchen keine schönen Verkehrsprojekte für Touristen, sondern eine langfristige Entlastung vom motorisierten Individualverkehr.

Thomas Licher

Wir gratulieren im Januar zum Geburtstag!

- Zum 98. Dora Scholze
- Zum 95. Ilona Jechow, Ruth Schröder
- Zum 91. Johanna Kayser
- Zum 90. Dietrich Ehrentreich, Magda Schlieffe, Edith Spitzer
- Zum 89. Ingeborg Teubner
- Zum 87. Werner Binus, Dieter Giersch
- Zum 86. Gerlinde Cymborowski, Elfriede Dieß
- Zum 85. Helga Lohse, Barbara Raatz, Günter Zachau
- Zum 84. Doris Barth, Helga Sobisiak
- Zum 83. Lidia Schewtschenko, Günter Grunow
- Zum 82. Elfriede Rastig, Ursula von Schirmeister
- Zum 81. Helga Besler, Elfriede Lewerenz
- Zum 80. Inge Franz
- Zum 75. Christine Neise, Volker Neise, Wolf Stötzel
- Zum 70. Ute Jörß